

## 10 Mietenstopp

Die Geschäftsführung der *ProPotsdam* will ich anweisen,

- keine Mieterhöhungen mehr vorzunehmen, ohne dass Baumaßnahmen zur Wohnwertverbesserung der Wohnung durchgeführt wurden. Bloße Anpassungen an den Mietpiegel oder Neuvermietungszuschläge sind damit ausgeschlossen.
- die finanziellen Spielräume offenzulegen, die für eine Senkung der Bestandsmieten bestehen. Bis zur Entscheidung will ich einen Mietenstopp für alle Bestandsmieten (Mietenmoratorium).

## 11 Faire Bezahlung und mehr Personal im Krankenhaus

Die Geschäftsführung des Klinikums *Ernst-von-Bergmann* soll die Anweisung erhalten,

- gegenüber dem Kommunalen Arbeitgeberverband unverzüglich die Rückkehr in die ordentliche Mitgliedschaft mit Tarifbindung zu erklären,
- unverzüglich alle eigenen Tarifverträge von Tochterunternehmen an den TVöD anzugleichen und
- binnen sechs Monaten ein Konzept zur Erhöhung des Personalschlüssels auf den Stationen und in der Rettungsstelle vorzulegen.

## Eine andere Stadt ist möglich!

Alle genannten Vorhaben stehen beispielhaft für den erforderlichen Wandel im Stadthaus und sind innerhalb der Kompetenzen des Oberbürgermeisters umsetzbar.

Diese Stadt soll kein Museum, keine Kapitalanlage und kein Selbstbedienungsladen mehr sein!

**Dafür stehe ich.**



**Wer ist die aNDERE?** DIE aNDERE ist eine kommunale Wählergruppe in Potsdam und deshalb unabhängig von Bundes- oder Landesparteiorganisationen. Wir sehen uns als Teil eines Netzwerkes von Flüchtlingsinitiativen, Umweltverbänden, Studierendengruppen, Kulturprojekten, Bürger\*innen- und Stadtteilinitiativen sowie alternativen Wohnprojekten. Unsere Mitglieder arbeiten in diesen außerparlamentarischen Gruppen aktiv mit. Viele Anfragen, Anträge und Akteneinsichtstermine unserer Stadtfraktion in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung und manche Aktion unserer Wählergruppe gehen auf Anregungen aus diesem Spektrum zurück.

Bei uns arbeiten Bürger\*innen, Einzelpersonen und politische Aktivist\*innen dauerhaft oder auch zeitweise oder projektbezogen mit. Wir engagieren uns für eine basisdemokratische, sozial gerechte und ökologisch ausgerichtete Gesellschaft. Seit 1993 sind wir in der Stadtverordnetenversammlung vertreten.

Wir sind uns im Klaren darüber, dass die wichtigsten Veränderungen nicht in Parlamenten oder Gemeindevertretungen umgesetzt werden, sondern in der Gesellschaft und ihren Eigentums- und Produktionsverhältnissen. Das lässt sich weder durch Wahlen noch durch Wahlboykotte durchsetzen. Allerdings kann der Zugang zu Informationen und Strukturen für außerparlamentarische Initiativen genutzt werden und eine breitere Öffentlichkeit für politische Alternativen und Visionen geschaffen werden.

Wir betreiben eine visionäre Politik, die wir durch konkrete Projektvorschläge untermauern. Beispiele sind der Nulltarif für Bus und Tram, eine integrationsfördernde Unterbringung von Flüchtlingen oder bedarfsorientierte Sanierungsstandards zur Begrenzung der Mieten.

Wir legen zum Ende jeder Wahlperiode eine transparente Bilanz unserer Arbeit vor. Denn wir möchten nicht nur an unseren Wahlplakaten gemessen werden, sondern daran, was wir getan und erreicht oder zumindest versucht haben.

Die Prinzipien, die wir nach außen vertreten, gelten für uns auch intern: Unsere Stadtverordneten geben ihr Mandat in regelmäßigen Abständen an eine\*n Nachrücker\*in weiter (Rotationsprinzip). Wir möchten auf diese Weise mehr Interessierte mit den Abläufen im Stadthaus vertraut machen, unsere Mandatsträger\*innen vor Verschleiß und Anpassungsprozessen schützen und verhindern, dass Karrierestreben und Tunnelblick unsere Politik bestimmen.

Die Stadtverordneten, die auf unseren Listen gewählt werden, spenden ihre monatliche Aufwandsentschädigung an die Wählergruppe, die damit ihre finanzielle Unabhängigkeit sichert und außerparlamentarische Initiativen organisiert und unterstützt.

[die-andere.org](http://die-andere.org)

**DIE  
aNDERE** 

Eine  
andere Stadt  
ist möglich!

# Lutz Boede

11-PUNKTE-Sofortprogramm  
als Oberbürgermeister

[lutzboede.de](http://lutzboede.de)



**DIE  
aNDERE** 

# Was darf eigentlich der Oberbürgermeister?

Die Monarchie ist abgeschafft. Der Oberbürgermeister (OB) darf nicht alles allein entscheiden. Über den Haushalt, die Bauleitplanung, Grundstücksverkäufe und städtische Abgaben und Gebühren z.B. beschließt die Stadtverordnetenversammlung. Allerdings bereitet die Stadtverwaltung diese Entscheidungen vor und kann damit schon wichtige inhaltliche Akzente setzen.

Der OB hat aber noch weitere wichtige Funktionen, in denen er eigene Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume nutzen kann:

## Als Chef der Stadtverwaltung

Er ist der Leiter der Verwaltung und damit für die Verwaltungsstruktur, Personalfragen und die innere Organisation von Verwaltungsabläufen zuständig.

## Als Gesellschaftervertreter in städtischen Betrieben

Derzeit vertritt der OB die Stadt Potsdam in der Gesellschafterversammlung und kann den Geschäftsführungen der kommunalen Betriebe dort selbstständig Anweisungen erteilen. Das möchten wir ändern. DIE aNDERE setzt sich dafür ein, dass die städtischen Betriebe als Eigenbetriebe geführt werden und nicht in der privaten Rechtsform von GmbHs. Solange der OB die Stadt aber noch allein in den städtischen Betrieben vertritt, möchte ich diese Spielräume natürlich nutzen:



# Mein 11-PUNKTE-Sofortprogramm als OB

lutzboede.de

## 1 Demokratische Kontrolle durch Stadtverordnete

Bislang verweigert der OB gewählten Stadtverordneten häufig Akteneinsicht und Auskunft auf Anfragen. Ich werde den Stadtverordneten alle Auskünfte erteilen, deren Weitergabe zulässig ist. Das betrifft auch Informationen, die der OB als städtischer Vertreter in Gremien außerhalb der Verwaltung erst heranschaffen muss.

## 2 Keine neue Baugenehmigung für Garnisonkirchenattrappe

Eine neue Baugenehmigung für die Attrappe des Garnisonkirchenturms wird eine von mir geführte Bauverwaltung nur erteilen, wenn die lückenlose Finanzierung und damit die Durchführbarkeit innerhalb der gesetzlichen Frist nachgewiesen ist.

Der OB ist durch das 2014 erfolgreich abgeschlossene Bürgerbegehren verpflichtet, alles rechtlich Zulässige zu unternehmen, um die Auflösung der *Stiftung Garnisonkirche* zu erreichen. Im Gegensatz zu **Jann Jakobs** wäre es mir eine Herzensangelegenheit, mich hartnäckig und phantasievoll darum zu kümmern.

## 3 Jährliche Stadtteilkonferenzen

Ich sichere zu, in allen Stadtteilen jährlich eine Stadtteilkonferenz durchzuführen.

## 4 Transparente Vergabe von Trainings- und Hallenzeiten

Die Trainingszeiten in städtischen Hallen und auf städtischen Sportanlagen müssen endlich nach transparenten Kriterien vergeben werden. Als OB werde ich eine neue Vergabeordnung erarbeiten lassen, die den Vereinen einen Anspruch auf Trainingszeiten bedarfsgerecht nach der Zahl ihrer Mitglieder und Sportgruppen schafft.

Alle Außensportanlagen an Schulen sind von 16–22 Uhr für den unorganisierten Breitensport zu öffnen.

## 5 KiTa-Beiträge ohne Gebäude- und Grundstückskosten

Als OB werde ich anweisen, dass die Stadtverwaltung in Satzungen und Beitragsordnungen davon ausgeht, dass die Kosten von Gebäuden und Grundstücken nicht auf die Elternbeiträge umgelegt werden.

## 6 Abschaffung des Terminvereinbarungszwanges im Bürgerservice

Ich werde im Bürgerservice wieder reguläre Sprechstage einführen, an denen jede/r ohne vorherige Terminvereinbarung den Service der Verwaltung nutzen kann. Zusätzlich soll die Möglichkeit bestehen, Termine zu vereinbaren.

## 7 Neuanfang in der Ausländerbehörde

In der *Ausländerbehörde* (ABH) bestehen erhebliche Defizite in der Führung der Behörde. Viele Mitarbeiter\*innen sind weder fachlich noch charakterlich für die Bearbeitung komplexer humanitärer Problemlagen geeignet. Häufig werden Menschen ohne Rechtsgrundlage Aufenthaltstitel vorenthalten. Immer öfter sind Kinder und Jugendliche betroffen. Daher beabsichtige ich einen strukturellen Umbau und eine organisatorische Integration der ABH in den Bürgerservice.

## 8 Integration von Flüchtlingskindern

Die Planungen des Jugendamtes, Flüchtlingskinder nicht in regulären KiTas aufzunehmen, sondern in Eltern-Kind-Gruppen in Gemeinschaftsunterkünften zu stecken, möchte ich stoppen. Integration fördern heißt, möglichst früh gemeinsam zu lernen.

## 9 Ein Doktor für die Stadtbäume

Ich will in der Naturschutzbehörde eine zusätzliche Stelle schaffen, damit sich jemand unabhängig von anderen Vollzugs- und Verwaltungsaufgaben um geschädigte Bäume kümmern kann. Diese Person soll auch eine neue Baumschutzverordnung mit hohen Schutzstandards entwerfen.